

Parlamentarischer Vorstoss

2021/71

| | |
|-----------------------|--|
| Geschäftstyp: | Postulat |
| Titel: | Genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern in der Zeit der Pandemie |
| Urheber/in: | Ernst Schürch |
| Zuständig: | — |
| Mitunterzeichnet von: | Abt, Ackermann, Agostini, Bänziger, Bammatter, Boerlin, Bräutigam, Candreia, Cucè, Dudler, Eichenberger, Franke, Grazioli, Hartmann, Heger, Hotz, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Kirchmayr-Gosteli Julia, Kirchmayr Klaus, Koller, Krebs, Locher, Maag, Meschberger, Mikeler, Noack, Roth, Ryf, Steinemann, Stokar, Strüby, Von Sury d'Aspremont, Wicker, Winter, Wyss, Zeller |
| Eingereicht am: | 11. Februar 2021 |
| Dringlichkeit: | Als dringlich eingereicht |

Seit rund einem Jahr leben wir mit und in der Pandemie um COVID-19. Viele Menschen müssen sich einschränken und geraten immer mehr unter Druck. Die Schülerinnen und Schüler mussten im Frühling 2020 in den Fernunterricht. Seither konnte der Präsenzunterricht mit wenigen Ausnahmen durch regelmässig angepasste Schutzkonzepte mit den entsprechenden Massnahmen aufrechterhalten werden. Trotzdem werden die Belastungen auch für Schülerinnen, Schüler und Eltern immer grösser. Als belastend sind unter anderem die starken Einschränkungen im Sport, in der Musik, in der Freizeit und im sozialen Zusammenleben und die sehr ungewissen Zukunftsaussichten zu nennen.

In allen Schulstufen müssen vermehrt Schülerinnen und Schüler in Bereichen ausserhalb des Unterrichts unterstützt werden. Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen haben immer weniger Zeit für ihr Kerngeschäft und übernehmen Aufgaben, die normalerweise von unterstützenden Diensten erbracht werden. Die meisten Schulleitungen auf allen Schulstufen melden, dass praktisch alle unterstützenden Dienste wie Schulsozialdienst, Berufswegbereitung, Schulpsychologischer Dienst, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugenddienst der Polizei in den Schulen respektive im Kanton extrem überlastet sind. Das führt unter anderem zu sehr langen Wartezeiten. Dadurch kann dringend benötigte Unterstützung nicht rechtzeitig geleistet werden, für viele Betroffene wird die Situation schlimmer und belastender. Eine grosse Anzahl Schülerinnen und Schüler kann das vorhandene Leistungspotential nicht mehr ausschöpfen und läuft Gefahr, die Promotion ins nächste Schuljahr oder den Übertritt in die nächste Schulstufe respektive in eine weiterführende Schule oder in die duale Bildung nicht zu schaffen.

Der Regierungsrat wird beauftragt,

- a) möglichst rasch zu prüfen und zu berichten, wie gross die Überlastung bei den unterstützenden Diensten ist; insbesondere bei den Schulsozialdiensten SSD der Primarschulen und den Schulen der Sekundarstufen I und II, der Berufswegbereitung BWB in den Sekundarstufen I und II, dem Schulpsychologischen Dienst SPD, der Kinder- und Jugendpsychiatrie KJP und dem Jugenddienst der Polizei BL, und**
- b) zu prüfen und zu berichten, mit welchen Massnahmen (zum Beispiel durch die vorübergehende Erhöhung der Pensen der Personen, welche in den in a) genannten Diensten arbeiten, oder durch die befristete Anstellung zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) möglichst schnell dafür gesorgt werden kann, genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern in der Zeit der Pandemie sichergestellt werden kann.**